

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

377

Wien, am Freitag, den 26. November 1926. Zweite Ausgabe.

W I E N E R G E M E I N D E R A T

als

L A N D T A G

Sitzung vom 26. November 1926.

Präsident Zimmerl eröffnet nach halb fünf Uhr nachmittags die Sitzung. Es wird zuerst ein Bericht des Präsidenten Dr. Danneberg über Beschlüsse des Unvereinbarkeitsausschusses erstattet. Einstimmig werden die von Gemeindeorganen ausgehenden Delegierungen von Mitgliedern des Wiener Gemeinderates als Landtages in wirtschaftliche Unternehmungen grundsätzlich genehmigt. Vom 1. Jänner 1927 an sind Stellungen bei Aktiengesellschaften, die bankmäßige Geschäfte betreiben, mit dem Mandat eines Mitgliedes eines Wiener Gemeinderates als Landtages unvereinbar. Die übrigen dem Unvereinbarkeitsausschuss vorgelegenen Anmeldungen von Betätigungen der Mitglieder des Wiener Gemeinderates in der Privatwirtschaft werden auf Grund individueller Ueberprüfung als nicht unvereinbar erklärt. Die Mitglieder des Wiener Landtages sind verpflichtet alle Veränderungen auf diesem Gebiet innerhalb der im Gesetz vorgeschriebenen Frist anzumelden. Der Bericht und der Beschluss des Unvereinbarkeitsausschusses wird unverändert genehmigt. Dann berichtet Stadtrat Speiser über die Gesetzesvorläge betreffend Abänderungen des niederösterreichischen Lehrer-Altensionistengesetzes. Die Gesetzesvorlage bezweckt gemäsa den mit den Vertretern der Lehrer-Altensionisten getroffenen Vereinbarungen die Erhöhung der bisherigen Ansätze der Ruhe- und Versorgungsgenüsse um zehn Prozent. Die Zahl der in Betracht kommenden Pensionisten beträgt rund 1700. Nach den verfassungsrechtlichen Bestimmungen sind zur gesetzlichen Regelung übereinstimmende Gesetzes des Landes Wien, des Landes Niederösterreichs und des Bundes erforderlich. Der niederösterreichische Landtag hat eine gleichartige Gesetzesvorlage bereits verabschiedet. Die Pensionspartei erhalten vorläufig die zehnprozentige Erhöhung in Form von Vorschüssen ausbezahlt. Das Gesetz wird in beiden Lesungen ohne Debatte einstimmig genehmigt.

Präsident Zimmerl teilt noch mit, dass die nächste Sitzung am Montag, den 29. November um vier Uhr nachmittags einberufen wird. Auf der Tagesordnung steht das Gesetz über die Einhebung einer Landesbiersteuer.

Schluss der Sitzung um fünf Uhr nachmittags.

Am Montag keine Sprechstunden bei den Stadträten. Wegen der Sitzung des Wiener Landtages entfallen am Montag die Sprechstunden bei allen entsprechenden Stadträten.